

Wahlprogramm Die LINKE. im Landkreis Waldeck-Frankenberg

Inhaltsverzeichnis

DIE LINKE. wählen	2
Die Handlungsfähigkeit der Kommunen in und nach der Krise stärken	3
Leben im ländlichen Raum	5
Frauen im ländlichen Raum	6
Jugendarbeit in der Region	7
Senior*innen im Landkreis	8
Rechte der Menschen mit Behinderungen stärken – Inklusion verwirklichen	9
Gesundheit ist keine Ware!	10
Beste Bildung ermöglichen	11
Kultur für alle	13
Für eine andere Wirtschaftspolitik – Sozial-ökologischer Umbau	14
Klimagerechtigkeit erkämpfen, Natur schützen: Für eine konsequente und sozial gerechte Umweltpolitik	16
Für eine soziale und ökologische Verkehrspolitik	18
Müll vermeiden, Recycling fördern	19
Sanfter Tourismus und Naturschutz in Nordhessen	20
Für den Erhalt und Ausbau von Sportstätten und die Förderung des Breitensports	21
Friedenspolitik vor Ort: Kein Platz für Militarismus!	22
Geflüchtete willkommen heißen – Wir haben Platz	23
Kein Platz für Rassismus, Antiziganismus und Nazis!	25
Mehr direkte Demokratie wagen - Bürgerengagement und Bürgerbeteiligung für alle Einwohner*innen	26
Den ländlichen Raum vernetzen - Digitale Chancen nutzen	28
Wohnen ist Menschenrecht	29
Denkmalschutz stärken	30

DIE LINKE. wählen

Bereits heute ist klar, dass die Corona-Pandemie die gesellschaftliche, ökonomische und politische Lage in Nordosthessen und in den Kommunen spürbar verändert hat und weiter verändern wird:

Viele Menschen sind durch die Krise in existenzielle Nöte geraten. Soziale Ungleichheiten sind in der Krise noch deutlicher zutage getreten. Es ist noch nicht abzusehen, wie dramatisch die Folgen der Pandemie für die wirtschaftliche Situation, die öffentliche Infrastruktur und Finanzen sowie das gesellschaftliche Leben am Ende sein werden.

Für **DIE LINKE.** steht jedoch fest, dass der Kampf für soziale Gerechtigkeit weiter im Mittelpunkt linker Kommunalpolitik stehen muss. Die Krise hat die ohnehin herrschenden Probleme nochmals verstärkt; und Rettungspakete à la Lufthansa helfen am Ende nur den oberen Zehntausend und nicht der Breite der Bevölkerung.

Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander. Ganze Bevölkerungsteile werden von der Entwicklung abgehängt. Die Aufrechterhaltung der diskriminierenden Hartz IV-Gesetzgebung zeigt beispielhaft den Unwillen der herrschenden Politik, daran etwas zu ändern. Die Angst vor einer ungewissen Zukunft treibt die Menschen auch in die Hände von rechten Bauernfängern. **DIE LINKE.** bietet realistische Lösungen an, um eine sozial gerechtere Welt zu schaffen.

Angesichts der Klimakrise müssen weltweit drastische Entscheidungen getroffen werden, um drohenden Katastrophen entgegenzuwirken. Der menschengemachte Klimawandel bedroht unsere Existenz. Die Klimakrise und die damit einhergehenden Proteste von jungen und alten Menschen haben uns alle wachgerüttelt. Dabei ist der wachstumsgetriebene Kapitalismus die Ursache und Triebfeder der andauernden Ausbeutung unserer natürlichen Lebensgrundlagen und der menschlichen Arbeitskraft. Für uns Linke gehören Klimagerechtigkeit und soziale Gerechtigkeit auf allen politischen Ebenen zusammen. Auch im Kreis müssen alle Entscheidungen auf ihre Auswirkungen auf das Klima überprüft werden.

Seit vielen Jahren engagieren sich in Hessen linke Kommunalpolitiker*innen für die gesellschaftliche Teilhabe aller, für den Erhalt von öffentlichen Krankenhäusern, für bezahlbares Wohnen in den Städten und den Erhalt und Ausbau der ärztlichen Versorgung auf dem Land. Wir wehren uns gegen Kürzungspolitik im sozialen, kulturellen oder im Bildungsbereich und gegen Privatisierungen. Linke Kommunalpolitiker*innen zeigen konkrete Perspektiven für eine neue Politik auf und setzen sich für eine bessere Finanzausstattung der Kommunen ein.

Aus unserem Leitbild erwächst die Vorstellung, dass auch auf der kommunalen Ebene relevante Bereiche der Daseinsvorsorge wie Gesundheitsversorgung, Wohnen, Bildung, Energie, Wasser und Verkehr nicht der Profitlogik unterworfen werden dürfen. In den letzten Jahren war die Finanzierung der Kommunen schon nicht ausreichend, sodass kommunale Demokratie vielerorts auf die Verwaltung von Sachzwängen reduziert wird. Zudem verschärft es Politikverdrossenheit, wenn Bürger*innen nur entscheiden dürfen, ob eher das Freibad oder die Bücherei geschlossen wird.

Von allen staatlichen Ebenen treffen die Auswirkungen der Corona-Pandemie die Kommunen am stärksten. Steuereinnahmen brechen weg, Einnahmen aus Gebühren fallen aus. In Hessen drohen den Kommunen in den nächsten Jahren Steuermindereinnahmen von über 3,5 Milliarden Euro. Die

Einnahmen aus der Gewerbesteuer, einer wichtigen Finanzquelle der Kommunen, sind eingebrochen. Ein Ende ist nicht in Sicht.

Hinzu kommen wachsende Aufgaben im Sozial- und Gesundheitsbereich, die einen weiteren Mitteleinsatz notwendig machen. Bereits vor der Corona-Pandemie wurde die öffentliche Infrastruktur auf Verschleiß gefahren und die Kommunen waren drastisch unterfinanziert. Wenn nicht umgesteuert wird, drohen gravierende Kürzungsrunden.

Deshalb braucht es uns: Wir von der LINKEN kämpfen für eine bessere Finanzierung der Kommunen und achten gleichzeitig darauf, dass der Mangel nicht einseitig zu Lasten der Bürger*innen geht. Wir streben eine Gesellschaft an, die frei ist von Unterdrückung, Ausbeutung des Menschen und Zerstörung der Natur. Wir kämpfen dafür, dass alle Menschen in dieser Gesellschaft in Frieden, Würde und sozialer Sicherheit leben und dass alle Bürger*innen gesellschaftlichen Verhältnisse demokratisch gestalten können.

Die Handlungsfähigkeit der Kommunen in und nach der Krise stärken

Nach Artikel 28 des Grundgesetzes haben die Gemeinden das Recht, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Schon vor der Corona-Krise existierte dieses Recht faktisch nicht mehr. Die chronische Unterfinanzierung öffentlicher Aufgaben, Steuergeschenke für Reiche und Konzerne sowie die kommunalfeindliche Politik der schwarz-grünen Landesregierung haben die Kommunen zu einer beispiellosen Erhöhung der Gebühren und Abgaben (Grundsteuer, Straßenausbaubeiträge, Benutzungsgebühren etc.) gezwungen.

Es steht zu befürchten, dass zukünftig Sozialleistungen und sogenannte "freiwillige Leistungen" eingefroren oder gekürzt sowie notwendige Investitionen in die kommunale Infrastruktur immer wieder verschoben werden. Die Löcher in den kommunalen Haushalten stehen denen in vielen Gemeindestraßen in nichts nach.

Die sogenannte Schuldenbremse hat dieses Problem noch weiter verschärft und wurde oftmals zum Vorwand für Privatisierung und Sozialabbau genommen. Aufgaben der Daseinsvorsorge wurden dem Markt und dessen Profitinteressen überlassen, oft ohne das Wohl der Menschen zu beachten.

Trotz des Milliardenprogramms der Hessischen Landesregierung haben wir die Sorge, dass der finanzielle Handlungsrahmen des Landkreises und der Kommunen im Landkreis Waldeck-Frankenberg sich in Zukunft noch weiter verschlechtert: Die Einnahmen durch Gewerbe- und Einkommensteuer brechen flächendeckend weg.

Diesen sogenannten Sachzwängen werden wir uns nicht unterwerfen. Geld ist genug da. Bei einem gerechten Steuersystem, bei dem die Reichen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit zur Kasse gebeten würden, könnten die kommunalen Aufgaben, die allen Bürger*innen zugutekommen, problemlos erfüllt werden. **DIE LINKE.** wird keinem kommunalen Projekt, das für die Lebensbedürfnisse der Menschen sinnvoll und notwendig ist, nur deshalb die Unterstützung versagen, weil angeblich die finanziellen Mittel fehlen.

DIE LINKE. setzt sich für eine umfassende Gemeindefinanzreform ein.

Baustein dieser Gemeindefinanzreform muss die Einführung einer Vermögenssteuer sein, die ab einem privaten jährlichen Einkommen oberhalb von 1 Mio Euro zu zahlen ist und die unmittelbar den Ländern und Kommunen zugutekommt.

Die Gewerbesteuer soll zu einer Kommunalwirtschaftssteuer entwickelt werden, die von allen zu zahlen ist, die Gewinne aus gewerblicher, selbstständiger oder freiberuflicher Tätigkeit erwirtschaften. Diese Steuer ist nicht nur gerechter, sondern auch stetiger und damit für die Kommunen leichter kalkulierbar und sie trägt dazu bei, die Bürger*innen nicht noch weiter zu belasten.

- Aufgaben, die Kommunen im Auftrag von Bund und Land ausführen, müssen vollumfänglich von diesen finanziert werden (Konnexitätsprinzip).
- Die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden muss wieder ermöglicht werden. In den Bereichen des Wohnungsbaus, der digitalen Infrastruktur, der Energieerzeugung und dessen Vertrieb, des öffentlichen Nahverkehrs und anderen Bereichen der Daseinsvorsorge sollen der Landkreis und die Kommunen wieder steuerlich privilegiert tätig werden können. Die Corona-Krise hat deutlich gezeigt: Das Öffentliche ist wesentlich!
- Die Förderung kommunaler Projekte durch Land und Bund muss sich an der finanziellen Leistungsfähigkeit der Kommunen orientieren.

Leben im ländlichen Raum

Wir im ländlichen Raum haben andere Probleme als die Bewohner*innen der großen Städte: Im Kreis Waldeck-Frankenberg braucht es einen besseren ÖPNV, die Gesundheitsversorgung wird abgebaut, um nur einiges zu nennen.

Arbeits- und Ausbildungsplätze in mittelständischen Betrieben gehen verloren. Um eine Zukunftsperspektive zu haben, verlassen junge Leute den ländlichen Raum und ziehen in die Städte oder Ballungsgebiete. In vielen Dörfern gibt es keine Einkaufsmöglichkeit mehr, Schulen auch nur noch in größeren Gemeinden. Die Dorfgemeinschafts- oder Bürgerhäuser, Verwaltungsstellen sowie Arztpraxen und Gesundheitseinrichtungen schließen.

Dadurch verschlechtert sich die Wohnqualität. Der Wegzug der Einwohner*innen führt außerdem zu leerem Wohnraum, der verfällt. Um das Leben im ländlichen Raum attraktiver zu machen, treten **DIE LINKE.** und Linke Mandatsträger*innen für die Entwicklung des ländlichen Raumes ein:

- für eine bessere Taktung des Nahverkehrs
- für wohnortnahe Arbeitsplätze
- für schnelle Breitband-Internetverbindungen
- für den Erhalt aller Schul- und besonders Grundschulstandorte und den weiteren Ausbau von Gesamtschulen
- für den Erhalt von Kultureinrichtungen
- für den Erhalt der Krankenhäuser in der öffentlichen Hand
- für eine wohnortnahe umfassende Hebammen- und Gesundheitsversorgung
- für Lebensmittelläden auf genossenschaftlicher Basis in den Dörfern
- für eine Förderung der ökologischen Landwirtschaft und der Direktvermarktung
- für die Förderung des Handwerks, Mittelstands, mittelständischen Tourismus
- für bürgernahe Verwaltungsangebote
- für eine wohnortnahe/regionale Energieerzeugung unter kommunaler Regie
- für eine garantierte und bezahlbare Wasserversorgung in kommunaler Hand
- für gemeinsame Projekte in den Orten (Dorffeste, Kulturereignisse usw.)
- für die Ausgestaltung eines lebendigen Vereinslebens
- für attraktive Angebote für Kinder und Jugendliche

Frauen im ländlichen Raum

Obwohl im Grundgesetz steht: "Frauen und Männer sind gleichberechtigt", sind Frauen von Diskriminierung betroffen: Frauen erhalten in Deutschland für die gleiche Arbeit immer noch deutlich weniger Geld als Männer und sind in leitenden Positionen unterrepräsentiert.

Es wird oft vorausgesetzt, dass Frauen die Kindererziehung und Pflege von Familienangehörigen übernehmen. Deshalb geraten Frauen häufig in die Abhängigkeit von Sozialleistungen, dies führt dann zu einer deutlichen Zunahme der Altersarmut bei Frauen.

Wir wollen, dass bezahlte und unbezahlte Arbeit gerecht verteilt wird. Dazu gehört, dass Frauen mehr gut bezahlte Arbeit erhalten bzw. für gleiche Arbeit den gleichen Lohn erhalten. Wir treten ein für einen gesellschaftlichen Wandel, bei dem Männer mehr Sorgearbeit übernehmen. Wir fordern, dass sich die Arbeitszeit nicht an betrieblichen Erfordernissen orientiert, sondern am Alltagsleben und an verschiedenen Lebensentwürfen der Beschäftigten.

Linke Frauenpolitik bedeutet, für die gleiche Teilhabe von Frauen und Männern am gesellschaftlichen Reichtum und an persönlichen Entfaltungsmöglichkeiten in Kultur, Bildung und Gesundheit zu streiten. Für ein selbstbestimmtes Leben braucht es die Erreichbarkeit von Arbeitsplatz, Einkaufsmöglichkeiten, Beratungsstellen und Freizeitangeboten.

Auch im Kreis muss es Beratungs- und Hilfsangebote bei häuslicher und sexualisierter Gewalt geben. Solche Angebote müssen in allen Mittelzentren vorhanden sein.

DIE LINKE. setzt sich ein für:

- den Ausbau von Beratungsstellen für Frauen durch langfristige finanzielle Absicherung und Erhöhung der freiwilligen Leistungen: Notwendig sind Beratungsangebote zu den Themen: Trennung, Erziehung, Schwangerschaft, Wiedereinstieg in den Beruf und vor allem sexuelle und häusliche Gewalt.
- die langfristige finanzielle Sicherung des Frauenhauses
- die Schaffung einer Mädchenzuflucht auch für unter 15-jährige Mädchen, gemäß der Istanbul-Konvention
- die Förderung von Frauen in der Kreisverwaltung durch die quotierte Vergabe der Arbeits- und Ausbildungsplätze, auch in Führungspositionen
- Überprüfung aller politischen Entscheidungen des Kreises auf ihre Folgen für die Geschlechtergerechtigkeit
- Stärkung und Erweiterung der Rechte der Frauenbeauftragten und Ausstattung mit ausreichenden finanziellen Ressourcen.

Jugendarbeit in der Region

In einer Region, die von einer immer älter werdenden Gesellschaft gekennzeichnet ist, ist es besonders wichtig, die Belange der jungen Menschen nicht aus den Augen zu verlieren. Dabei wäre es gerade angesichts hoher Kinderarmut und sozialer Polarisierung notwendig, mehr finanzielle Mittel und mehr Personal für die Jugendarbeit und Jugendhilfe zur Verfügung zu stellen.

Dies ist zunächst die Aufgabe der Kommunen. Dem Landkreis kommt als Träger des Jugendamtes eine Gesamtverantwortung für eine gute Jugendarbeit im ganzen Landkreis zu. Hierzu sollten die kommunalen Angebote besser vernetzt werden. Die Kooperation mit den Ganztagschulen ist auszubauen.

Vereine und Verbände, die eine hervorragende Jugendarbeit leisten, sollten insbesondere dann gefördert werden, wenn sie sich aktiv für Integration einsetzen und die Teilnahme an ihren Angeboten für alle Kinder und Jugendlichen unabhängig vom Einkommen möglich ist. Sport-, Schulhöfe und Spielflächen sind auch außerhalb der Vereinsangebote und Schulöffnungszeiten besonders auch in sozialen Brennpunkten zur Verfügung zu stellen.

DIE LINKE. setzt sich für die Einrichtung eines kreisweiten Jugendparlaments ein. Hier können junge Menschen die Grundlagen unserer Demokratie einüben und sich für die eigenen Interessen einsetzen. Selbstverständlich unterstützen wir auch die Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre auf allen Ebenen.

Die freizeit- und kulturpädagogischen Angebote der kommunalen Jugendarbeit sollen stärker gefördert und ausgeweitet werden, um wohnortnah ein kostenloses Freizeitangebot zu schaffen. Dabei sind selbstbestimmte und nichtkommerzielle Strukturen besonders zu fördern.

Demokratieförderliche, antirassistische Projekte und Angebote der Gewaltprävention müssen verstärkt angeboten werden, um rechtsextreme Tendenzen rechtzeitig zu erkennen und zu bekämpfen.

Angebote für Mädchen und junge Frauen müssen selbstverständlicher Bestandteil der pädagogischen Arbeit vor Ort sein. Angebote für geschlechtsspezifische Probleme von Jungen und jungen Männern dürfen ebenfalls nicht fehlen.

Jugendliche und junge Erwachsene brauchen außerdem bei großer Wohnungsnot und nach Kündigung aktueller Mietverträge unbedingt Möglichkeiten der übergangsweisen Wohnraumanmietung mit pädagogischer Betreuung.

DIE LINKE. setzt sich für den langfristigen Erhalt der Jugendburg Hessenstein und aller anderen Jugendherbergen des Kreises ein.

Senior*innen im Landkreis

Mit der gestiegenen Lebenserwartung ist es immer mehr Menschen möglich, bei guter Gesundheit ihr Leben auch im hohen Alter aktiv zu gestalten. Deshalb setzt **DIE LINKE.** sich dafür ein, bessere Bedingungen zu schaffen, die ein selbstbestimmtes Leben in Würde und eine aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben auch im Alter ermöglichen.

DIE LINKE. möchte die Lebensbedingungen vor allem auch für ältere Menschen im ländlichen Raum verbessern. Hierzu gehören Einkaufsmöglichkeiten, pflegerische und medizinische Versorgung, Aufrechterhaltung der Mobilität und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

Um die Attraktivität des Kreises für die zunehmend älter werdende Bevölkerung zu verbessern fordert **DIE LINKE.:**

- den Ausbau einer seniorenrechten Mobilität durch bessere ÖPNV-Verbindungen und den Halt des AST-Verkehrs vor der Haustür
- Förderung der Beratung und Hilfen des Kreises
- einen barrierefreien Zugang zu den Ämtern
- den Ausbau altersgerechter, bezahlbarer medizinischer und pflegerischer Versorgungssysteme
- die Förderung altersgerechter und generationsübergreifender Wohnformen

Rechte der Menschen mit Behinderungen stärken – Inklusion verwirklichen

Immer noch werden Menschen mit Behinderung in unserer Gesellschaft ausgegrenzt. Laut Artikel 3 Absatz 3 Grundgesetz darf niemand wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Für **DIE LINKE.** hat eine gute Behindertenpolitik das Ziel, Menschen mit Behinderungen eine entsprechend ihrer Fähigkeiten möglichst unabhängige Lebensführung und die volle Teilnahme an allen Aspekten des Lebens zu ermöglichen.

Wir setzen uns auf kommunaler Ebene für die Umsetzung der UN-Konvention der Rechte behinderter Menschen ein. Dabei wollen wir nicht über die Köpfe der Betroffenen hinweg entscheiden, sondern Projekte und Vereine für ein selbstbestimmtes Leben von Menschen mit Behinderungen stärken.

DIE LINKE. steht dafür ein, dass die Barrierefreiheit im öffentlichen Raum, im ÖPNV und bei digitalen Angeboten ausgebaut und gefördert wird. Die Mittel für den Landeswohlfahrtsverband (LWV) dürfen nicht gekürzt werden. Wer die Mittel des LWV beschneidet, beschneidet die Lebensqualität von Behinderten.

DIE LINKE. fordert:

- eine Ausweitung der Frühförderangebote
- Alle Schulräume müssen schallisoliert (Hören), mit blendfreiem Licht (Sehen), barrierefrei, mit gutem Internetanschluss ausgestattet und in entsprechender Größe (Rollstuhl geeignet) vorhanden sein.
- Um die gleichberechtigte Bildungsteilhabe von Kindern mit Behinderung sicher zu stellen, sind die erforderlichen Umbaumaßnahmen umzusetzen.
- Ferner sind die Bereitstellung der erforderlichen Hilfsmittel und eine angemessene Personalausstattung abzusichern.
- Inklusion braucht ein **Mehr** und kein **Weniger**.
- Den Ausbau von Sport- und Spielplätzen mit behindertengerechten Geräten ist in den Kommunen zu fördern.
- Die Schaffung von barrierefreiem Wohnraum.
- Weiterer Ausbau der behindertengerechten Umgestaltung der ÖPNV-Haltestellen, etwa durch Blindenleitsystem, akustische Signale, abgesenkte Bordsteine, Fahrpläne in Braille oder als akustische Ansage.
- Volle Erfüllung der Quoten von Menschen mit Behinderung an der Gesamtbelegschaft in der kommunalen Verwaltung und in kommunalen Betrieben.
- Auch bei der Vergabe von Aufträgen an private Betriebe ist die Erfüllung der Quote Bedingung; eine Ersatzzahlung für nicht besetzte Arbeitsplätze für Behinderte ist abzulehnen.
- Dokumente des Kreises müssen auch in einfacher Sprache bereitstehen.
- Angebote zur Fortbildung und Qualifizierung für die kommunalen Mitarbeiter*innen, um Verständnis und Hilfestellung für Menschen mit Behinderungen zu fördern.

Gesundheit ist keine Ware!

Das letzte Jahr hat uns in vielerlei Hinsicht gezeigt, wie zerbrechlich unser Gesundheitssystem sein kann und wie abhängig wir alle davon sind, eine gute gesundheitliche Infrastruktur vorzufinden. Trotzdem erklärt die Bertelsmann Stiftung, es gäbe zu viele Krankenhäuser und seit der Einführung der Fallpauschalen im Bund werden Krankenhäuser kaputt gespart.

Das Land kommt seiner Finanzierungsaufgabe nicht ordentlich nach und Kreise und Kommunen müssen das ausbaden.

Wir stehen für eine Gesundheits- und Hebammenversorgung, die sich an den Bedürfnissen der Menschen ausrichtet. Geschäfte und Gewinne mit unseren Kassenbeiträgen sind unsozial. Unsere Krankenversicherungsbeiträge sind ausschließlich für unsere Gesundheitsversorgung da.

Hausarztpraxen sichern vor Ort sowohl die elementare Versorgung als auch die Unterstützung chronisch Kranker. Deshalb ist es wichtig, weiterhin Arztpraxen im direkten Wohnumfeld zu haben. Der Kreis muss alle Bemühungen der Gemeinden unterstützen, damit keine Hausarztpraxis unbesetzt bleibt und so die wohnortnahe Versorgung gesichert wird.

DIE LINKE. steht für den Erhalt des Kreiskrankenhauses Frankenberg und aller anderen Krankenhausstandorte sowie der REHA- Einrichtungen im Kreis.

Unsere Standpunkte für eine soziale Gesundheitspolitik im Kreis sind außerdem:

- Einer Kooperation zwischen den Krankenhäusern Korbach und Frankenberg stehen wir positiv gegenüber.
- Besonders die stationäre Versorgung von Kindern auch im psychiatrischen Bereich muss wohnortnah sichergestellt sein.
- Ein Abbau der Arbeits- und Ausbildungsplätze sowie die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen ist mit uns nicht zu machen. ☒
- Die Einrichtung von Landambulatorien mit Allgemeinarztpraxen und Praxisräumen mit angestellten (Fach-) Ärztinnen und Ärzten sowie weiteren Räumen für Physiotherapeutinnen und Therapeuten sowie Pflegediensten muss bedarfsgerecht vorangetrieben werden.
- Die wichtige Arbeit des Gesundheitsamtes muss durch mehr Personal sichergestellt werden. Eine ohnehin zu dünne Personaldecke hält nicht, wenn längerfristig zusätzliche Aufgaben hinzukommen.

Die Corona-Pandemie hat einmal mehr gezeigt, wie wichtig dieser öffentliche Sektor ist. Darüber hinaus hat auch der Skandal um die Wurstfabrik Wilke in Berndorf uns allen vor Augen geführt, wie wichtig eine konsequente und anlasslose Kontrolle derartiger Lebensmittelproduzenten ist. Diese ist jedoch nur dann möglich, wenn der öffentliche Gesundheitssektor finanziell und personell gut und angemessen ausgestattet ist.

Beste Bildung ermöglichen

Bildung ist ein lebenslanger Prozess. Bei Kindern legt sie eine wichtige Grundlage für das Verständnis der Welt und der beruflichen Entwicklung. Bildungseinrichtungen, gleich ob Kita, Schule oder Volkshochschule, müssen so konzipiert und ausgestattet sein, dass jedem und jeder die bestmögliche Bildung ermöglicht wird. Erfolgreiches Lernen und Schulabschlüsse dürfen nicht vom Elternhaus und schon gar nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein.

Vorschulische Bildung – Krippen

Wir unterstützen den flächendeckenden, wohnortnahen Ausbau kostenfreier Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren, in Kinderkrippen und bei Tageseltern im Landkreis. Hiermit soll der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz sichergestellt werden. Bei dem Ausbau der Angebote ist die fachliche Qualifikation, eine laufende Fortbildung und eine angemessene Bezahlung der Mitarbeiter*innen in den Einrichtungen sicherzustellen.

Vorschulische Bildung – Kitas

Kindertagesstätten sollen weiterentwickelt werden zu Kompetenzzentren für Erziehung und Bildung. Hierzu gehören nicht nur die qualifizierte Bildung und Betreuung von Kindern im Vorschulalter, sondern auch Angebote an Eltern und Erziehungsberechtigte zur Erziehungs- und Entwicklungsunterstützung sowie auch die Förderung von benachteiligten Menschen in den Bereichen Sprache, Bewegung, Gesundheit und der Wahrnehmung.

Netzwerke der „frühen Hilfen“ können über die Kindertagesstätten flächendeckend Eltern mit besonderen Problemlagen erreichen. Dem Landkreis kommt als Träger der Fachaufsicht über alle Kindertagesstätten hier eine besondere Gestaltungsverantwortung zu.

Allen Kindern muss die kostenfreie Nutzung dieser Einrichtungen ermöglicht werden. Ebenso muss ein gesundes Mittagessen kostenfrei angeboten werden.

Aufgabe des Landkreises muss es sein, gleiche fachliche Standards in allen Einrichtungen des Landkreises, unabhängig von der Finanzkraft der Gemeinde, sicherzustellen.

Schulische Bildung - Schule für alle

Weil wir wollen, dass Kinder Schule als Lern- und Lebensort erleben, brauchen wir dafür an allen Schulen Mensen, Lernräume, Schulbibliotheken, Freizeit- und Ruheräume sowie digitale Ausstattung. Der Landkreis muss hierfür die räumlichen und materiellen Voraussetzungen schaffen.

Eine wohnortnahe Bildung ist besonders für die jüngsten Schülerinnen wichtig, daher sprechen wir uns gegen die Schließung von kleineren Grundschulen aus. Die Zusammenarbeit zwischen Kindertagesstätten und Grundschulen muss weiter verbessert und intensiviert werden, um Bildungsübergänge besser zu gestalten. Eingangsstufen und altersübergreifende Klassen können hier eine zielführende Lösung sein.

Wir wollen gemeinsames Lernen bis zur 10. Klasse für alle Schüler*innen an den Ganztagschulen, denn Lernorte müssen Lebensorte sein.

Privates soziales Sponsoring darf keinen Platz in den Schulen des Kreises haben. Die personelle Besetzung in Schulsekretariaten, bei den Reinigungskräften und Hausmeister*innen, bei den Administratoren, bei der Digitalisierung und bei der Schulsozialarbeit muss verbessert werden. Insbesondere sind befristete Arbeitsverhältnisse und Outsourcing zu beenden. Besonders müssen

auch die Bedingungen für die Digitalisierung schnell verbessert werden. Allen Schüler*innen sollte ein Laptop und freies WLAN zur Verfügung gestellt werden.

Berufsschulen

Für die materielle Ausstattung an den Berufsschulen trägt der Kreis besondere Verantwortung, um Jugendlichen eine berufliche Perspektive auf dem Land zu geben. Bei fehlenden Ausbildungsplätzen müssen die Kapazitäten für die vollschulische Berufsausbildung erweitert werden. Eine warme Mahlzeit an den Berufsschulen muss garantiert und kostenfrei sein, dazu sind die Mensen aufzurüsten.

Schulsozialarbeit

Schulsozialarbeit leistet vielfältige Unterstützung für junge Menschen und deren Familien. Deshalb braucht es den flächendeckenden Ausbau an allen Schulstandorten, auch an den Grundschulen. Die Mitarbeiter*innen der Schulsozialarbeit sollen unmittelbar und dauerhaft beim Kreis beschäftigt sein. Dazu fordern wir eine verlässliche finanzielle Beteiligung des Landes Hessen.

Schülerverkehr

Für uns ist eine kostenfreie Teilnahme an allen schulischen Veranstaltungen ebenso selbstverständlich wie eine kostenfreie Schüler*innen- und Auszubildendenbeförderung. Dies gilt selbstverständlich auch für die Berufsschüler*innen.

Digitalisierung, E-Learning

Spätestens die Corona-Krise hat die Defizite der Digitalisierung in der Bildung gezeigt. Wir fordern eine kostenfreie Bereitstellung von entsprechenden Endgeräten zum E-Learning für alle Schüler*innen im Landkreis. Nur wenn alle Schüler gleiche Voraussetzungen zum Lernen haben, haben alle auch die gleichen Chancen auf ihrem Bildungsweg.

Außerschulische Bildung und Lebenslanges Lernen – Musikschulen

Die Musikschulen im Kreis haben einen besonderen kulturellen Auftrag. Eine schon frühkindliche musikalische Förderung wirkt sich positiv auf die Entwicklung von Kindern aus. Daher ist es für uns eine Selbstverständlichkeit, dass schon in Kitas ein kostenfreier Musikunterricht angeboten werden muss.

Die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Musikschulen des Landkreises muss verbessert werden, um Schüler*innen für das Kulturgut Musik zu begeistern, Talente zu erkennen und zu fördern. Musikunterricht sollte jedem unabhängig vom Einkommen zugänglich bleiben.

Volkshochschulen

Die VHS bieten eine Vielzahl von Kursen zur Weiterbildung erwachsener Menschen an. Allerdings ist vielen eine Weiterbildung aufgrund zu hoher Kosten nicht möglich. Wir fordern eine kostenfreie Bildung für alle, da auf lange Sicht alle von gut gebildeten Menschen profitieren.

Berufsausbildenden-Kurse an der VHS sind auszubauen und kostenlos zu gestalten. **DIE LINKE.** setzt sich dafür ein, dass die Verträge mit den Lehrenden so gestaltet werden, dass unbefristete Arbeitsverhältnisse entstehen, die den Lebensunterhalt sichern.

Kultur für alle

Die Kulturpolitik der **LINKEN** im Kreis orientiert sich an ihrem demokratischen und sozialen Verständnis einer lebenswerten Gesellschaft. Kultur ist kein konjunkturabhängiger Luxus, sondern Ausdruck menschlicher Lebensform. Im Mittelpunkt steht daher die Teilhabe der Menschen am kulturellen Wirken.

DIE LINKE will die über viele Generationen gewachsene kulturelle Vielfalt erhalten und neue Ideen fördern. Dazu zählt für uns auch die kulturelle Identität der seit Generationen hier lebenden Sinti und Roma. Die kulturellen Beiträge von Migrant*innen sind für uns eine große Bereicherung des kulturellen Lebens.

Daraus leiten sich die Grundhaltungen der Kulturpolitik der **LINKEN** ab:

- Kulturelles Leben durch Träger- und Themenvielfalt
- Ideelle und finanzielle Förderung neuer künstlerischer Ausdrucksformen
- Beteiligung aller kulturell Interessierten durch intensive Bekanntmachung und Nutzung von regionalen, nationalen und europäischen Förderprogrammen.

Von besonderer Bedeutung ist für **DIE LINKE** die kulturelle und künstlerische Entfaltungsmöglichkeit von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen. **DIE LINKE** unterstützt und organisiert daher Projekte, in denen sie ihr Verständnis von Kultur und Kunst selbstorganisiert ausleben können.

Wichtige Projekte sind der Aufbau und die Erhaltung von sich selbst verwaltenden Jugendzentren, die den Jugendlichen Raum geben können, ihre Ideen und Vorstellungen zu verwirklichen. Initiativen für ähnliche Projekte werden von uns mit Sachverstand unterstützt und politisch begleitet. **DIE LINKE** unterstützt die Auslobung von Jugendmusik-, Jugendkunst- und Jugendliteraturwettbewerben.

DIE LINKE steht für die Erhaltung, Förderung und Verbesserung von:

- internationalen Kontakten der Städte und Gemeinden des Kreises, insbesondere
- die Verstärkung der Jugendkontakte und des Austausches von Künstler*innen, Ateliers und Ausstellungs- und Auftrittsmöglichkeiten, aber auch verstärkte Nutzung öffentlicher Einrichtungen und Gebäude für kulturelle Aktivitäten
- Musikschulen, Volkshochschulen und Bürgerhäusern
- Öffentlichen Bibliotheken insbesondere im Hinblick auf Neuaufbau, bessere finanzielle Ausstattung und Nutzung ohne Gebühren
- Kunst- und Musikerziehung in den Kindergärten und Schulen
- Räumen und Freiräumen für „Nischenkultur“

Für eine andere Wirtschaftspolitik – Sozial-ökologischer Umbau

Die Klimakrise hat es verdeutlicht: Es gibt kein unendliches Wachstum innerhalb der planetaren Grenzen. Ein Wirtschaftsmodell, welches ausschließlich auf Profit ausgerichtet ist und die sozialen und ökologischen Folgen seines Handelns nicht berücksichtigt, ist zum Scheitern verurteilt.

Wenn es gelingen soll, die Pariser Klimaschutzziele einzuhalten und die Beschleunigung der globalen Erderwärmung abzubremesen, müssen wir unsere Wirtschaft umbauen. Von global zu regional, von Profit zu Gemeinnutz, von Ressourcenverbrauch zu Nachhaltigkeit. Vor dieser Aufgabe stehen wir weltweit, in Deutschland, aber auch vor Ort in den Städten und im gesamten Landkreis.

Für **DIE LINKE.** kann dieser Umbau aber nur gelingen, wenn die Folgen dieses Transformationsprozesses sozial gerecht verteilt werden.

DIE LINKE. wird sich zusammen mit den Gewerkschaften und Betriebsräten dafür einsetzen, dass neue Arbeitsplätze im Bereich der innovativen Sektoren entstehen. Dazu gehören neue Formen der Mobilität, der Energiewirtschaft und des Dienstleistungsbereichs. Flankiert werden müssen diese Strukturanpassungen durch eine Verringerung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich und einer Weiterbildungsförderung, um neue berufliche Perspektiven zu eröffnen.

Hierzu gehört auch, dass Lieferketten wieder verkürzt werden müssen und regionale Zulieferer stärker in die Wirtschaftskreisläufe eingebunden werden. Die Corona-Krise hat gezeigt, wie fragil weltweite „Just-in-Time-Produktion“ ist. Die Entwicklung der regionalen Wirtschaft mit sozial-ökologischen Zielen muss auch durch den Kreistag befördert werden.

DIE LINKE. wird sich dafür einsetzen, dass der lokale Einzelhandel gegenüber dem weltweiten Onlinehandel wieder gestärkt und vor Ort Gewerbesteuer gezahlt wird. Statt immer neuer Logistikzentren auf der grünen Wiese brauchen wir lebendige Innenstädte mit vielfältiger Gastronomie, die auch in Krisenzeiten die Versorgung sichern.

Regionale Wirtschaftskreisläufe werden wir auch im Bereich der Landwirtschaft und Ernährung fördern – Wochenmarkt statt Weltmarkt. Der Kreis kann hierzu einen Beitrag leisten. **DIE LINKE.** wird ein Förderprogramm auflegen, welches etwa Mensen und Kantinen anregt, ihre Angebote an regionalen und saisonalen Produkten auszurichten, die nach ökologischen Kriterien produziert werden.

Als Mitgesellschafter der Hessischen Landgesellschaft muss der Kreis sich dafür einsetzen, dass die Bodenbevorratung und die Nutzbarmachung landwirtschaftlicher Flächen wieder den bäuerlichen Betrieben vor Ort zu Gute kommen, anstatt diesen meistbietend an Investoren zu verkaufen. Die Erzeugung von guten Lebensmitteln muss Vorrang vor Logistik haben.

Die regionale Energieproduktion muss mit dem Ziel ausgebaut werden, dass der regionale Energieverbrauch aller Sektoren (Mobilität, Industrie, Stromverbrauch privater Haushalte und Wärme) im Jahresmittel regional erzeugt werden kann. Dafür brauchen wir einen Mix aus Windkraft, Photovoltaik, Biomasse und Wasserkraft in regionaler oder kommunaler Trägerschaft. Die Wertschöpfung aus der Energieerzeugung muss den finanziellen Handlungsspielraum vor Ort erhöhen.

DIE LINKE. fordert ein Förderprogramm für die energetische Sanierung von Wohnraum. Sozialökologischer Umbau bedeutet auch in diesem Bereich, dass die Lasten nicht einseitig auf die Mieter*innen umgelegt werden dürfen. Die Mieten dürfen nur gerade in dem Umfang steigen, wie die Kosten durch die Einsparungen reduziert werden.

Der Kreis ist als Arbeitgeber und Auftraggeber in einer besonderen Verantwortung. Investitionsmaßnahmen des Kreises in die Infrastruktur, in Schulen, Verkehrswege und das Gesundheitswesen sind unter Gesichtspunkten von sozialverträglichen Arbeitsverhältnissen und ökologischer Nachhaltigkeit zu vergeben. Standards wie tarifgebundene Arbeitsverträge, Ausbildungsförderung, Geschlechtergerechtigkeit, gute Arbeitsbedingungen und Regionalität müssen zu Kriterien der Auftragsvergabe werden.

DIE LINKE. setzt sich dafür ein, dass Eigenbetriebe und die Gesellschaften des Landkreises nicht privatisiert bzw. in die Hände des Landkreises zurückgeführt werden. Der soziale Wohnungsbau muss durch Förderprogramme des Landkreises ausgebaut werden.

DIE LINKE. wird sich dafür einsetzen, dass ein Outsourcen öffentlicher Aufgaben beendet wird und die Arbeitsplätze, die mit öffentlichen Mitteln entstehen oder gefördert werden, tarifgebunden und unbefristet sind. Arbeitsplätze in der Kommunalverwaltung, im sozialen und Dienstleistungsbereich, etwa in der Bildung, beim Jobcenter, bei Gesundheits-, Veterinär- und Ausländerämtern und in Bereichen des öffentlichen Nahverkehrs müssen aufgestockt werden.

Aber auch **DIE LINKE.** hat keine Patentrezepte für den Weg aus der Klimakrise. Daher werden wir den Transformationsprozess gemeinsam mit den Akteuren aus der Zivilgesellschaft, der Klimagerechtigkeitsbewegung, den Bürgerinitiativen, Gewerkschaften, Wirtschaftsverbänden und Kammern beraten und gestalten.

Die Zeit drängt, die Klimakrise wartet nicht auf uns!

Klimagerechtigkeit erkämpfen, Natur schützen: Für eine konsequente und sozial gerechte Umweltpolitik

Extreme Wetterereignisse, Ernteauffälle durch Dürren, der steigende Meeresspiegel - viele der dramatischen Folgen der weltweiten Klimakrise sind schon heute erkennbar. Die globale Erwärmung ist nur eine Facette der globalen ökologischen Krise, die sich auch in unserer Region etwa durch den Verlust von Artenvielfalt und zunehmende Hitzeperioden äußert - mit katastrophalen Auswirkungen auf unsere Wälder. Wir stimmen Klimaaktivist*innen zu, wenn sie feststellen: *„Die Veränderungen müssen von der Politik kommen, oder sie werden von der Natur kommen.“*

An der Seite der Klimagerechtigkeitsbewegung setzen wir uns dafür ein, dass im Landkreis Waldeck-Frankenberg mit sofortiger Wirkung der Klimanotstand ausgerufen und ein klimaneutraler Kreis bis zum Jahr 2035 angestrebt wird.

Hier wie im globalen Maßstab sind es die am meisten Benachteiligten, die von der Umweltbelastung am stärksten betroffen sind. Verantwortlich für die ökologische Krise ist ein Wirtschaftssystem, das für Profit und Wachstum unsere natürlichen Lebensgrundlagen ausbeutet. Um die globale Klimakatastrophe aufzuhalten, müssen wir unsere Wirtschaft grundlegend umbauen: sozial, ökologisch und demokratisch.

Diese radikale Transformation fängt vor Ort an - in den Kommunen und Landkreisen: Wir schlagen vor, das bekannte und bereits erprobte Konzept eines „virtuellen Kraftwerks“ zu verfolgen. Dieses beinhaltet den Bau und den Betrieb von kleinen, dezentralen Stromerzeugern: Photovoltaikanlagen, Biogasanlagen, die nicht mit angebauten Energiepflanzen beschickt werden, Windenergieanlagen und Blockheizkraftwerke. Wo immer möglich, sollen sie kommunal oder durch Bürgergenossenschaften betrieben werden.

Dies belebt die kommunale Wertschöpfung, schafft Arbeitsplätze und fördert das Handwerk. Die Standorte gewinnen an Attraktivität und die Beteiligung der Bürger*innen ermöglicht direktdemokratische Einflussnahme zu zentralen Fragen, wie etwa auch die Verwendung der Erlöse. Die vollständige Umstellung kommunaler Energieversorgung auf 100 % erneuerbare Energien wird mit einem festen Zeitplan vorgeschrieben. Das Ziel ist eine weitgehende Selbstversorgung der Kommunen im Landkreis mit erneuerbaren Energien.

Dabei geht es bei Weitem nicht nur um Klimaschutz. Es geht auch um den Erhalt von Wäldern, Gewässern und der Artenvielfalt.

Große Teile der Flächen unseres Landkreises sind Wald oder werden landwirtschaftlich genutzt. Landwirt*innen können zunehmend zu Energiewirt*innen werden: durch die Bereitstellung und intelligente Nutzung von Biomasse verbunden mit der Einspeisung der dadurch gewonnenen Energie in kommunale Netze sowie der effizienten Nutzung der Abwärme. Die regionale Nutzung von Biomasse und Biogas soll auf Basis der jeweiligen regionalen Tragfähigkeit erfolgen. Dabei muss natürlich ihre Verträglichkeit in naturschutzfachlicher sowie land- und forstwirtschaftlicher Hinsicht beachtet werden.

Eine nachteilige Konkurrenzsituation zur Nahrungsmittelproduktion ebenso wie eine Überdüngung des Bodens soll vermieden werden. Wir setzen uns ein für ein Verbot von Glyphosat auf den Flächen des Landkreises und wenden uns strikt gegen jeden Gülletourismus. Die Zahl der gehaltenen Tiere muss in Relation stehen zu der zur Verfügung stehenden Fläche.

Uns von den LINKEN geht es um eine nachhaltige Trinkwasser- und Nahrungsversorgung, die Verringerung von Schadstoffbelastungen und eine saubere Luft. Kurz: Um einen lebenswerten Landkreis.

Für die ökologische Altbausanierung und für Heizsysteme mit Strom produzierenden Miniblockheizkraftwerken müssen fachliche Beratung und wirtschaftliche Förderung bereitgestellt werden.

Wir fordern:

- Energieversorgung muss ein Grundrecht sein und bleiben! Stadtwerke in kommunaler Trägerschaft und Energiegenossenschaften müssen Sozialtarife oder eine kostenlose Grundversorgung anbieten, mit linear steigenden Energiepreisen über dieses Grundkontingent hinaus.
- Die Energiewende kann nur gelingen, wenn sie sozial gerecht und unter demokratischer Kontrolle vollzogen wird.
- **DIE LINKE.** unterstützt gemeinwirtschaftliche regionale und kommunale Projekte zur ortsnahen regenerativen Energieerzeugung unter Berücksichtigung der naturschutzrechtlichen Bestimmungen insbesondere durch Wind- oder Wasserkraft.
- In Hessen bildet der Ausbau der Windkraftanlagen eine notwendige Säule der längst überfälligen Energiewende. Wir unterstützen den Ausbau der Windkraftnutzung in kommunaler Hand unter Bürgerbeteiligung.
- Solare und energieeffiziente Bauleitplanung steckt leider in vielen Kommunen noch in den Kinderschuhen. Daher schlägt **DIE LINKE.** die Herstellung eines Rahmenkonzeptes für Kommunen als Orientierungshilfe auf ihrem Weg hin zu klimagerechtem Bauen vor.
- Kommunale Flächen sollen nach modernsten ökologischen und nachhaltigen Standards bewirtschaftet werden.

Für eine soziale und ökologische Verkehrspolitik

Eine wichtige Säule bei der Bekämpfung der Klimakrise stellt auch eine nachhaltige Verkehrspolitik dar. **DIE LINKE.** steht daher für einen Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs aus ökologischen und sozialen Gründen.

Die bestehenden öffentlichen Nahverkehrsmittel müssen gefördert und neue Konzepte öffentlicher Mobilität entwickelt werden. Grundsätzlich ist dem öffentlichen Personennahverkehr Vorrang vor dem motorisierten Individualverkehr einzuräumen. Letzterer führt zu immensen Belastungen der Umwelt und der Menschen durch Feinstaub und Lärm.

Die ÖPNV-Preisgestaltung muss sozialen Kriterien Rechnung tragen. Insbesondere einkommensschwache Menschen sind in ihrer Mobilität eingeschränkt, die Fahrpreise sind nicht bezahlbar und im ländlichen Bereich sind öffentliche Nahverkehrssysteme oft nur sehr unzureichend vorhanden.

Straßenausbaubeiträge (Strabs) lehnen wir ab, da nicht nur die Anwohner die Straßen nutzen. Das Land muss für die Kosten aufkommen.

Unsere Standpunkte sind folgende:

- Das Ziel linker Politik im Landkreis bleibt ein kostenloser öffentlicher Nahverkehr, der sich an den Bedürfnissen der Nutzer*innen orientiert.
- Die Schüler*innenbeförderung muss für alle Schulformen kostenlos sein.
- **DIE LINKE.** fordert zudem eine deutliche finanzielle Unterstützung eines Systems von Anrufsammeltaxen (AST), Rufbussen und des Aufbaus von Car-Sharing-Netzen.
- Integrierte Verkehrskonzepte und Leihradssysteme müssen ebenfalls gefördert werden.
- Das Radwegenetz muss auch über Landkreisstraßen begleitend zu einem Radschnellwegenetz ausgebaut werden. Die Qualität der sowohl inner- wie außerörtlichen Radwege ist auf langen Strecken mangelhaft und muss dringend verbessert werden ebenso wie das Leitsystem.

Wir fordern ein generelles Tempolimit von Tempo 30 in Städten und Dörfern.

Müll vermeiden, Recycling fördern

Die kapitalistische Wegwerfgesellschaft ist durch die Produktion immenser Müllberge gekennzeichnet. Diese Produktionsweise ist ein globales ökologisches Problem. Viele Produkte werden bewusst so entwickelt, dass sie nach kurzer Zeit kaputt gehen und nur schwierig oder gar nicht zu reparieren sind. So soll der Konsum neuer Waren angekurbelt werden.

Diese enorme Müllproduktion zerstört unseren Planeten und gefährdet Wildtiere. Die Vermeidung von Müll sowie die Förderung von Wiederverwendung und Recycling sind daher wichtige Ziele einer sozial-ökologischen Politik.

Öffentliche Einrichtungen müssen hier einerseits mit gutem Beispiel vorangehen, andererseits müssen klare Regeln für private Unternehmen aufgestellt werden.

DIE LINKE. setzt sich ein für:

- die Erarbeitung einer Strategie zur Vermeidung von Plastik und Verpackungsmüll
- die Berücksichtigung von Kriterien der Ressourcenschonung und Langlebigkeit in der öffentlichen Beschaffung
- weniger Lebensmittelverschwendung in öffentlichen und privaten Einrichtungen
- den Einsatz von 100% Recyclingpapier in der öffentlichen Verwaltung sowie in Schulen
- die Unterstützung von Repair-Cafés, Unverpacktläden und anderen Einrichtungen, die zur Müllvermeidung beitragen
- stabile und bezahlbare Abfallgebühren
- eine Verhinderung von Mülltourismus in andere Regionen
- eine regionale Abfallverwertung zur Energiegewinnung.

Sanfter Tourismus und Naturschutz in Nordhessen

Die Förderung des Tourismus im Landkreis kann einen Beitrag zur wirtschaftlichen Stärkung und zum Ausbau von Arbeitsplätzen leisten. Dafür müssen vorhandene Angebote gestärkt, vernetzt und gemeinsam vermarktet werden.

Das Ziel ist dabei für **DIE LINKE.** kein Massentourismus in Großprojekten, sondern überwiegend individuelle, nachhaltige, familienfreundliche Angebote, die sich an den vorhandenen Stärken der Region orientieren. Hierzu zählen die vielfältigen kulturellen Angebote, die erlebbaren Naturräume und historischen Bezüge der Region.

DIE LINKE. im Landkreis wird sich vielmehr einsetzen für:

- eine engagierte Zusammenarbeit mit den aktiven Naturschutzverbänden
- eine Wertschöpfung, die in der Region bleibt durch eine Förderung der bereits ansässigen Tourismusbetriebe
- eine Sicherung der nachhaltigen Arbeitsplätze in der Tourismusbranche
- eine Strukturpolitik, die angesichts sinkender Bevölkerungszahlen immer neue Baugebiete und den damit zunehmenden Flächenverbrauch nicht mehr ohne Weiteres zulässt
- den Erhalt der Attraktivität der historischen Dorfkerne
- den Ausbau der Fahrradwege
- die Unterstützung der durch die Corona-Pandemie besonders schwer getroffenen Tourismusbranche

Für den Erhalt und Ausbau von Sportstätten und die Förderung des Breitensports

Sport bringt nicht nur Menschen zusammen und bietet Raum für gemeinsame Erfahrungen. Sportvereine sind auch Orte erfolgreicher Integration. Hier geht es neben dem eigentlichen Sport auch um die Vermittlung von Werten wie Toleranz, Respekt und Fairness.

Gerade auch in der Corona-Krise hat sich gezeigt, wie wichtig Sportangebote für das gesellschaftliche Zusammenleben sind; das Fehlen solcher Angebote in der Zeit des Lockdowns hat dies allen sehr deutlich gemacht.

DIE LINKE. fördert und unterstützt vor allem den Breitensport mit seiner positiven sozialen und gesundheitlichen Wirkung. Die Sportvereine müssen deshalb bei der Zusammenarbeit mit den Schulen vor Ort stärker unterstützt werden.

Viele Sporthallen, Schwimmbäder und Sportplätze sind sanierungsbedürftig, weil den Kommunen das notwendige Geld fehlt. Es ist Aufgabe des Landes Hessen, die Kommunen und die Sportvereine in ihrem Bestand zu sichern und ausreichend finanziell zu unterstützen, damit die notwendigen Investitionen vorgenommen werden können. Die Sportstätten und Schwimmbäder sollen zeitgemäß, barrierefrei und ökologisch sinnvoll saniert werden.

Deshalb muss Sport eine kommunale Pflichtaufgabe werden.

Friedenspolitik vor Ort: Kein Platz für Militarismus!

Auch wenn militärische Entscheidungen von Bundesregierung und Bundestag getroffen werden, ist Friedenspolitik ein wichtiges Thema in den Kommunen. Die Mehrheit der Bevölkerung lehnt Auslandseinsätze, Rüstungsexporte und Aufrüstung ab. Gerade in den letzten Jahren unternimmt die Bundeswehr große Anstrengungen, dies durch Kampagnen zu verändern, die insbesondere auf die Jugend in den Schulen ausgerichtet sind.

DIE LINKE. arbeitet in gesellschaftlichen Bündnissen gegen Krieg und Aufrüstung. So unterstützt sie die Kampagne zur weltweiten Abschaffung von Atomwaffen: Den ICAN Städteappell. Sie wendet sich gegen Werbung der Bundeswehr, die Teil der Militarisierung der deutschen Außenpolitik ist.

- Wir setzen uns dafür ein, dass der Landkreis eine aktive Friedenspolitik betreibt.
- Wir wenden uns gegen jede Militarisierung des Lebens in der Kommune.
- **DIE LINKE.** setzt sich für den Stopp der Werbung für die Bundeswehr in kommunalen Einrichtungen, auf Hessentagen, in Arbeitsämtern und in Schulen ein.
- Wir befürworten Gemeindeparterschaften und wollen sie dazu nutzen, die internationale Zusammenarbeit von sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, Vereinen und Kultureinrichtungen zu stärken.
- Wir setzen uns ein für eine solidarische Kooperation der Kommunen auf europäischer und internationaler Ebene in den Bereichen: Entwicklungspolitik, gerechte Weltwirtschaft, Arbeitswelt, Umwelt und präventive Friedenspolitik.
- Wir unterstützen die Initiative „Bürgermeister für den Frieden“ und rufen alle Gemeinden im Landkreis dazu auf, Bündnisse zu bilden.

Geflüchtete willkommen heißen – Wir haben Platz

Für **DIE LINKE.** ist die Aufnahme von Menschen in Not ein oberstes humanitäres Gebot. Nach Angaben der Weltflüchtlingsagentur UNHCR waren Ende des Jahres 2019 über 79,5 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht. 26 Millionen dieser Menschen sind Flüchtlinge, die vor Konflikten, Verfolgung oder schweren Menschenrechtsverletzungen aus ihrer Heimat flohen.

Greenpeace schätzt, dass heute bereits mehr als 20 Millionen Menschen auf der Flucht vor den Auswirkungen des Klimawandels sind, und zu befürchten ist, dass diese Zahl in den kommenden Jahren rapide ansteigen wird.

Weiterhin bleibt das Mittelmeer ein tödliches Massengrab: Auch im Jahr 2019 ertranken mehr als 1.800 Menschen bei dem Versuch, über das Meer nach Europa zu gelangen. Die verheerende Brandkatastrophe im Flüchtlingslager Moria auf Lesbos (Griechenland) hat uns allen deutlich gemacht, dass dieses Thema, trotz sinkender Asylbewerberzahlen, noch lange nicht „zu den Akten“ gelegt werden darf.

Das Sterben und Elend der Flüchtlinge muss unverzüglich gestoppt werden. Wir treten ein für eine würdige Aufnahme von Flüchtlingen in unseren Städten und Gemeinden. „**Wir haben Platz!**“ und „**Refugees welcome!**“ müssen die Leitfäden hessischer Willkommenskultur sein.

Geflüchtete haben das Recht auf eine selbstbestimmte Lebensführung. Dazu gehört vor allem eine menschenwürdige, dezentrale Unterbringung mit guter Anbindung an die Infrastruktur. Grundsätzlich sind Geflüchtete in Wohnungen unterzubringen. Sammelunterkünfte als Dauerlösung lehnen wir ab. Eine ausreichende medizinische Versorgung, soziale und psychologische Betreuung sind ebenso sicherzustellen, wie eine unabhängige juristische Beratung.

Neben der Umsetzung der Schulpflicht und der Teilnahme an Sprachkursen ist der Zugang zu Bildungs-, Sport- und Kultureinrichtungen zu gewährleisten. Wir begrüßen das Engagement aus der Zivilgesellschaft zur Unterstützung von Geflüchteten. Dies muss weiter gefördert und unterstützt werden. Bund und Land müssen die notwendigen finanziellen Mittel für die Aufnahme von Geflüchteten bereitstellen. Diese Kosten dürfen nicht auf finanzschwache Kommunen abgewälzt werden.

Die notwendige Unterbringung von Flüchtlingen darf nicht dazu genutzt werden, um Flüchtlinge und Anspruchsberechtigte auf Sozialwohnungen gegeneinander auszuspielen. Bund und Länder müssen für die Flüchtlingsunterbringung mehr finanzielle Mittel zur Verfügung stellen und den sozialen Wohnungsbau ankurbeln.

DIE LINKE. steht für

- eine Kommunalpolitik, die als Ziel die Integration und die Achtung der kulturellen Identität von Migrant*innen hat. Entsprechende Initiativen aus der Zivilgesellschaft verdienen besondere Unterstützung;
- die Förderung der Sprachkompetenz in der deutschen Sprache und der Mehrsprachigkeit bereits in den Kindergärten und Schulen;
- die bedarfsgerechte Förderung des Deutschunterrichts für Migrant*innen
- eine Öffnung und Finanzierung der gesetzlichen Integrations- und Sprachkurse auch für
- Asylbewerber*innen und geduldete Ausländer*innen

- eine Ausweitung des Angebots an Sozialwohnungen für Geflüchtete durch Vereinbarungen mit den Wohnungsgesellschaften;
- eine umfassende Unterstützung der Geflüchteten bei der Wohnungssuche durch Sozialarbeiter*innen und eine daran anknüpfende sozialpädagogische und psychologische Betreuung
- einen sofortigen Zugang zu Arbeit und Bildung. Dies ermöglicht den Flüchtlingen wirtschaftliche Selbständigkeit
- die bevorzugte Einstellung von Mitarbeiter*innen in der Kreisverwaltung und in öffentlich geförderten Institutionen, die die Sprachen der Migrant*innen beherrschen
- den Einsatz von Dolmetscher*innen für alle Bereiche der öffentlichen Verwaltung
- die Förderung der sozialen Selbstorganisation von Migrant*innen und die Bereitstellung öffentlicher Räume als Treffpunkte für Frauen
- die Förderung und den Ausbau internationaler Begegnungsstätten im Kreis
- Wir unterstützen das Engagement der vielen Menschen, die Geflüchteten helfen, insbesondere das Bündnis „bunt statt braun“.

Kein Platz für Rassismus, Antiziganismus und Nazis!

Rassismus begegnet uns fast ständig in unserem Alltag. „Ich hab ja nichts gegen Ausländer, aber...“ Die Zuschreibung von Eigenschaften zu einer bestimmten Nationalität, herabwürdigende Verallgemeinerungen und das Vermeiden von Kontakten zu Nachbarn mit Migrationshintergrund sind der Einstieg in die Spaltung der Gesellschaft.

Von diesem Alltagsrassismus spannt sich ein Bogen zu verfestigten rechten Weltbildern mit vielen Erscheinungsformen: national-bürgerlich, verschwörungstheoretisch, militant. Sie kommen im Gewand der „Lebensretter*innen“ oder der „Ethnopluralist*innen“. Sie sitzen an Stammtischen, sind Mitglieder in Vereinen, organisieren sich in Kameradschaften oder marschieren wieder in Reih und Glied. Gemeinsam haben sie ihren Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus: Ihre Menschenverachtung, ihren Hass auf alles, was nicht für Volk und Rasse brüllt.

Dem setzen wir unser Weltbild von Offenheit und Solidarität entgegen. Wir bekämpfen Rassismus und rechte Ideologien in all seinen Formen. Dabei schließen wir breite gesellschaftliche Bündnisse gegen Rassismus und Faschismus. Es ist unser aller Aufgabe, dafür Verantwortung zu tragen, dass kein Mensch herabgewürdigt oder diskriminiert wird.

Der Mord an Dr. Walter Lübcke hat es mehr als deutlich gezeigt: Aus Worten werden Taten. Unser Verständnis von Antifaschismus delegiert die Verantwortung für den Antifaschismus nicht ausschließlich auf Polizei und den sogenannten Verfassungsschutz.

Daher fordert **DIE LINKE**:

- Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Initiativen gegen Rassismus, Antisemitismus, Muslimfeindlichkeit, Antiziganismus, Diskriminierung und rechte Gewalt
- Eine Null-Toleranz-Politik bei Bekanntwerden von rechtsextremen Tendenzen in den Kommunalbehörden
- Keine Genehmigung von Nazi-Aufmärschen und -Treffen im Landkreis. Nazis dürfen keinen Platz auf den Straßen und Plätzen und in Bürgerhäusern im Landkreis haben.
- Förderung antirassistischer Bildungsarbeit - insbesondere an den Schulen und den Vereinen (z.B. „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“)
- Fortbildung der Mitarbeiter*innen in der Verwaltung in interkultureller Kompetenz und in Anti-Rassismus-Trainings.
- Aussteiger*innenprogramme für Angehörige der rechten Szene
- Unterstützungs- und Beratungsangebote für Menschen, die Opfer von rassistischem Mobbing, Diskriminierung und rechter Gewalt wurden.

Es gibt kein ruhiges Hinterland!

Mehr direkte Demokratie wagen - Bürgerengagement und Bürgerbeteiligung für alle Einwohner*innen

Auch nach der Novellierung der Hessischen Gemeinde- und Landkreisordnung sind die Möglichkeiten zur direkten Beteiligung der Menschen vor Ort völlig unzureichend. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern kennt die Hessische Kommunalverfassung weiterhin kein Petitions- oder Antragsrecht für ihre Bürger*innen.

DIE LINKE. tritt für eine deutliche Erweiterung der Beteiligungsmöglichkeiten ein. Wir wollen, dass die Menschen vor Ort durch Begehren und Entscheide mehr unmittelbaren politischen Einfluss erhalten und die Hürden dafür herabgesetzt werden. Wir treten dafür ein, dass Bürgerbegehren nicht mit juristischen Tricks ausgebremst werden.

Das setzt jedoch Transparenz der öffentlichen Entscheidungswege und Informationsfreiheit voraus. Auch die kommunalen Mandatsträger*innen sollen mehr Kontrollrechte gegenüber den Magistraten und Kreisausschüssen sowie den kommunalen Unternehmen erhalten. Dazu gehört auch die weitestgehende Aufhebung der Geheimhaltungspflichten, die nach Einführung privater Rechtsformen bei den kommunalen Unternehmen die Kontrollrechte der Parlamente faktisch aushebeln.

DIE LINKE. kämpft für die Einbeziehung aller dauerhaft in einer Gemeinde lebenden Menschen, unabhängig ihrer Herkunft, in die kommunalen Entscheidungsprozesse. Deshalb fordert **DIE LINKE.** ein kommunales Wahlrecht für alle hier dauerhaft lebenden Menschen ab dem 16. Lebensjahr.

Solange der Gesetzgeber die notwendigen gesetzlichen Voraussetzungen nicht schafft, müssen die Ausländerbeiräte aufgewertet werden und dürfen nicht durch Integrationskommissionen ersetzt werden. Das Demokratieprinzip gebietet, dass Menschen, die gemeinsam in einer Gemeinde leben, auch gemeinsam die kommunalen Entscheidungen treffen, die ihre gemeinsame Zukunft betreffen.

Deshalb unterstützt **DIE LINKE.** ein Rede- und Antragsrecht in den politischen Gremien für Ausländerbeiräte sowie für Kinder- und Jugendforen oder Kinder- und Jugendparlamente. Personal und Mittel sind zum Gelingen dieser Beteiligung erforderlich.

Kommunale Integrationskonzepte können nur gelingen, wenn Migrant*innen und ihre Organisationen gleichberechtigt daran mitarbeiten können. Deshalb müssen migrationsbedingte Mehrsprachigkeit, Strukturen und Netzwerke gestärkt werden. Um die gesellschaftliche Vielfalt auch in hessischen Rathäusern abzubilden, setzt sich **DIE LINKE.** für eine interkulturelle Öffnung der Verwaltung ein.

DIE LINKE. setzt sich ein für legale und sichere Einreisemöglichkeiten von Flüchtlingen und unterstützt die Forderungen von Solidarity City und Seebrücke. Wir werden dafür arbeiten, dass der Landkreis Waldeck-Frankenberg über sein Kontingent hinaus mehr Flüchtlinge aufnimmt und dem Bündnis „Sichere Häfen“ beiträgt. Darüber hinaus müssen ehrenamtliche Flüchtlingshelfer und Selbsthilfeorganisationen in den Kommunen finanziell und organisatorisch unterstützt werden.

DIE LINKE. setzt sich für echte Bürgerhaushalte ein! Diese dürfen jedoch nicht dazu dienen, die Menschen vor Ort für die Umsetzung von Spardiktaten mitverantwortlich zu machen. Es ist daher unabdingbar, dass den Menschen in allen Phasen eine breite und aktive Teilnahme an den Entscheidungsprozessen möglich ist, umfassende und problemorientierte Informationen zur

Verfügung stehen sowie die Kommunalvertretungen dazu verpflichtet sind, dem Votum der Menschen zu folgen. So sollen die Einwohner*innen auch per Entscheid, z.B. über die Abschaffung der Straßenbeiträge, selbst entscheiden können.

Einschränkungen von Mitbestimmungsrechten der Kommunalparlamente in Krisenzeiten sind inakzeptabel. Eine Aussetzung von Kreistagssitzungen, Stadtverordnetenversammlungen, Ortbeiratssitzungen, oder Ausschusssitzungen, einen Ausschluss der Öffentlichkeit sowie die Einschränkung kommunalpolitischer Beratungen, lehnen wir ab!

DIE LINKE. setzt sich für mehr Sicherheit innerhalb der Städte und Gemeinden ein. So ist in regelmäßiger Zusammenarbeit zwischen den Ordnungsbehörden, den Vereinen und Verbänden sowie der Polizei das bestehende Sicherheitskonzept weiter zu entwickeln. Wir lehnen aber den Einsatz von ehrenamtlichen Polizeihelfern sowie den verstärkten Einsatz von Videoüberwachungsanlagen ab. Wir wollen eine Sicherheitspolitik, die auf Prävention und Aufklärung aufbaut und nicht auf Repression.

Das zunehmende – und unterstützungswürdige – ehrenamtliche Engagement in den Kommunen darf nicht dazu missbraucht werden, öffentliche Aufgaben auf die Schultern der Ehrenamtlichen abzuwälzen. Ehrenamtlichkeit darf keine Arbeitsplätze ersetzen, sie benötigt hauptamtliche Strukturen, um gut arbeiten zu können. Das bürgerschaftliche Engagement verfehlt völlig seinen Zweck, wenn den beteiligten Menschen gleichzeitig jede Mitbestimmung bei den kommunalen Entscheidungen verweigert wird.

Den ländlichen Raum vernetzen - Digitale Chancen nutzen

Die Digitalisierung verändert unser Leben in fast allen Bereichen. Gleichzeitig steigt die Gefahr der digitalen Spaltung in Jung und Alt, Stadt und Land, Arm und Reich. Daher setzen wir uns dafür ein, dass alle Menschen von den Möglichkeiten der Digitalisierung profitieren können. Auch die Corona-Krise hat eindrücklich gezeigt, welche Bedeutung eine gesicherte digitale Versorgung heute einnimmt.

Voraussetzung für den digitalen Wandel ist der Anschluss aller Gemeinden und Ortsteile mit „schnellem Internet“ durch Glasfaser. Auch in nicht erschlossenen Regionen haben die Bürger*innen ein Anrecht auf schnelles Internet. Diese Aufgabe darf nicht nur dort angegangen werden, wo es sich „lohnt“. Ein schneller Internetanschluss gehört inzwischen ebenso zur Grundversorgung wie Wasser, Strom und Telefon.

Die traumhaften Renditen, die Anbieter in den Ballungsräumen einfahren, müssen genutzt werden, um auch den ländlichen Raum zu erschließen, mit dem Ziel, alle Haushalte im Landkreis mit Glasfaser zu versorgen.

Das Mobilfunknetz muss so ausgebaut werden, dass überall im Landkreis eine gute Netzabdeckung in allen Mobilfunknetzen gewährleistet ist.

Neue Kommunikationsstandards wie 5G dürfen nicht nur in den Städten und entlang der Autobahnen verfügbar sein – „die letzte Milchkanne“ steht bei uns.

Die Verfestigung der „Digitalen Spaltung“ von Ballungsgebiet und ländlichem Raum, von Jung und Alt, von Vermögenden und von Armut Bedrohten muss überwunden werden.

- In allen öffentlichen Gebäuden soll ein freier WLAN-Zugang zur Verfügung gestellt werden.
- Jeder Haushalt muss ein Anrecht auf einen bezahlbaren, schnellen Breitbandinternetanschluss haben. Niedrige Haushaltsnettoeinkommen dürfen zukünftig keine Ausgrenzungen von der Internetnutzung darstellen.
- DIE LINKE. fordert die Anerkennung von internetfähigen Endgeräten als Teil des soziokulturellen Existenzminimums.
- Wir wollen, dass auch Menschen mit Behinderungen und von Armut Bedrohte sowie Senior*innen an digitalen Angeboten teilhaben können.

DIE LINKE. setzt sich dafür ein, dass in den Schulen die erforderlichen zusätzlichen Stellen für Administration und Wartung der Netze und Geräte geschaffen werden. Dies darf nicht zu Lasten der Lehrenden gehen. E-Government - Die Kommunal- und Landkreisverwaltungen werden ihre Angebote digitalisieren. Hierbei muss sichergestellt werden, dass Menschen, die nicht "online" sind, nicht abgehängt werden. Ein Besuch im Rathaus und dem Landratsamt muss ebenso weiterhin uneingeschränkt möglich sein, wie die Nutzung der Sparkassen.

- Die digitalen Angebote müssen so gestaltet sein, dass der Persönlichkeitsschutz von Bürger*innen und Mitarbeiter*innen gewährleistet bleibt
- Kommunale Datenschutzbeauftragte müssen darüber unabhängig wachen.

- **DIE LINKE.** setzt sich für die Förderung von Open-Source und Open-Data ein. Diese Techniken stellen sich der Kommerzialisierung der Digitalisierung entgegen und ermöglichen eine öffentliche Kontrolle.
- Beschäftigte in den Dienststellen sollen über die Personalräte in die Entscheidungen zur Umsetzung einbezogen werden.
- Die Digitalisierung der Behörden darf nicht dazu führen, dass Beschäftigte ständig für ihren Arbeitgeber erreichbar sein müssen. Außerdem müssen Fortbildung und Qualifikation ein hoher Stellenwert eingeräumt werden.
- Nicht alle Menschen sind mit dem Internet und Handy aufgewachsen. Um Chancen zu nutzen und Gefahren zu erkennen, braucht es Angebote für alle Altersgruppen zur Förderung der Medienkompetenz durch Schulen, Volkshochschulen und andere Bildungsträger.

Wohnen ist Menschenrecht

Auch im Landkreis Waldeck-Frankenberg spitzt sich die Situation, bezahlbaren Wohnraum zu finden, zu. Gerade in den Mittelzentren fehlt es an kleineren Wohnungen, um dieser Wohnungsnot zu entkommen. Daher fordern wir ein Sanierungsprogramm für Ortsteile, die einen Leerstand haben, insbesondere bei alten und oder denkmalgeschützten Gebäuden. So kann auf der einen Seite einer weiteren Flächenversiegelung vorgebeugt werden, indem keine weiteren Baugebiete ausgewiesen werden, und zugleich günstiger Wohnraum geschaffen werden.

Denkmalschutz stärken

Im Landkreis findet sich eine große Menge an Kulturdenkmälern. Nicht nur Schlösser und Burgen, sondern auch Wohnhäuser und Wirtschaftsgebäude stehen unter Denkmalschutz. Es ist eine besondere Aufgabe, diese wertvollen Güter zu erhalten.

Über Jahrhunderte ist eine Kulturlandschaft gewachsen, in der auch Straßenzüge, Eisenbahntrassen, Flussläufe sowie die Gestaltung von Land und Forst schützenswert sind. Durch geänderte Ansprüche an Wohnen und Wirtschaften unterliegen diese Verhältnisse natürlich einem steten Wandel. Um die Wohn- und Lebensqualität auf dem Land zu erhalten und zu verbessern, bedarf es aber einer rücksichtsvollen Umgestaltung. Traditionelle Bauweisen sind zu bewahren, gewohnte Landschaftsbilder sind zu erhalten.

Die Förderung von privaten Erhaltungsinitiativen durch Finanzierungshilfen und kommunale Entwicklungsprogramme für erhaltenswerte Innenstädte und Dorfkerne sind vom Landkreis zu organisieren.

Denkmalschutz ist Arbeitsbeschaffung für kleine, örtliche Betriebe. Er ist identitätsstiftend und wirkt gegen die Entvölkerung ländlicher und kleinstädtischer Gebiete. Auch für eine touristische Entwicklung im Landkreis ist der Denkmalschutz eine wichtige Aufgabe.

DIE LINKE. fordert daher eine Stärkung des Denkmalschutzes im Landkreis.